



Presseinformation

17. Oktober 2007

**FDP-Fraktion im
Niedersächsischen Landtag**

**Dr. Philipp Rösler
Fraktionsvorsitzender**

Tel 05 11 / 30 30 4301

Fax 05 11 / 30 30 4863

Mail nds@fdp.de

www.fdp-fraktion-nds.de

Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1

30159 Hannover

Pressesprecherin:

Silke Schaar

Tel 05 11 / 30 30 4302

Mobil 01 63 / 261 64 65

silke.schaar@lt.niedersachsen.de

**Rede zur
Schulstrukturdebatte
Hans-Werner Schwarz
Schulpolitischer Sprecher**

- Es gilt das gesprochene Wort -

Herr/Frau Präsident/in, meine Damen und Herren,

seit nahezu fünf Jahren reden wir jetzt über die Schulstruktur. Oft genug ist die Debatte ebenso unsachlich wie müßig.

Für die FDP-Fraktion stelle ich zum wiederholten Male fest: Entscheidend für den Erfolg im Bildungswesen ist zuerst die Frage: Mit welchem Personal erreiche ich die Schüler und welche Inhalte biete ich an, um die Bildungsqualität zu verbessern?

Und nicht in erster Linie: In welchem System tue ich das? Und wenn ich die Kommentare in der heutigen Presse richtig interpretiere, stehen wir mit unserer Auffassung nicht alleine da.

Deshalb bedaure ich diese langwierige und zähflüssige Diskussion nicht nur, sondern ich halte sie für schädlich und falsch, denn sie wird auf dem Rücken der Kinder ausgetragen.

Ihnen liegt offensichtlich mehr an der politischen Wirkung, als an der Lösung der Kernfragen:

Wie gelingt es, Stärken unserer Kinder aus- und Schwächen abzubauen?

Durch welche Maßnahmen verbessere ich eigentlich die Chancen unserer niedersächsischen Kinder auf dem Arbeitsmarkt?

Wir diskutieren heute erneut einen Antrag zur Schulstruktur. Ich erinnere daran, dass wir uns in den Koalitionsverhandlungen dafür ausgesprochen haben, den ca. 60 bestehenden Gesamtschulen Bestandsschutz zu gewähren. Insofern haben wir überhaupt keine Berührungsängste.

Herr Ministerpräsident Wulff hat die Signale vieler Eltern, insbesondere aus den Ballungsgebieten, aufgenommen, aber auch noch am vergangenen Mittwoch in Celle beim SLVN unmissverständlich deutlich gemacht, dass es in Niedersachsen beim gegliederten Schulwesen als Regelschule bleiben wird.

Die FDP – Fraktion begrüßt diese Aussage. Das heißt nichts anderes, als dass in der Bildungspolitik in Niedersachsen Kurs gehalten wird. Gleichwohl gibt es keine Veranlassung, sich in regional begrenzten Einzelfällen einer Diskussion um die Neugründung einer Gesamtschule zu verschließen.

Einzelfälle deshalb, weil es schlicht nicht möglich ist, zwei Systeme parallel erfolgreich zu installieren.

Allerdings steckt auch hier der Teufel im Detail. Was wir zwingend nicht wollen ist: Die Bildungslandschaft dem freien Spiel der politischen Kräfte „vor Ort“ zu überlassen.

Im ungünstigsten Fall hieße das: Bildung wird zum Spielball von ideologischen Machtkämpfen in Landkreisen und Städten, betrieben von fachfremden Kommunalpolitikern, die vermeintlich nur das Beste für ihre Gebietskörperschaft wollen und das Interesse des Kindes hinten anstellen.

Wir stellen fest, dass es zahlreiche Gesamtschulen gibt, die ihre Möglichkeiten nicht ausgeschöpft haben, wenn es um die Zügigkeit ihrer Schulen oder um die Errichtung

von Außenstellen geht. Richtig überzeugende Antworten auf diesen Umstand haben wir bisher kaum gehört.

Gleichwohl nehmen wir die demographische Entwicklung zur Kenntnis. Wir sprechen uns eher dafür aus, Schulformen kooperieren zu lassen, als einen Schulstandort zu schließen.

Aber Voraussetzungen für die Einrichtungen neuer Gesamtschulen müssen schon formuliert werden. Dazu sind folgende Fragen zu berücksichtigen: Werden durch Neugründungen bestehende Schulen in ihrer Existenz gefährdet? Liegt eine ausreichende Anzahl von Anmeldungen auch mit Perspektive für diese Schulform vor? Ganz wichtig: Wird die politische Entscheidung „vor Ort“ im Einvernehmen mit Schule und Eltern in einer deutlichen Mehrheit getroffen?

Das sind nur einige der Fragen, die zu klären sind.

Stichwort „Elternwille“:

Bei Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition verkommt dieser Begriff zur Floskel. Ihre Definition von „Elternwille“ ist doch sehr willkürlich. Zwar sind einige Anmeldezahlen für Gesamtschulen in einigen Städten noch höher als das derzeitige Angebot, aber daraus einen Elternwillen für die neunjährige Einheitsschule zu konstruieren ist doch lächerlich!!

Am Rande sei bemerkt, im Landkreis Diepholz haben wir einen interessanten Trend zu registrieren. Weg von der KGS, hin zum Gymnasium. Was machen Sie mit diesem Elternwillen?

Und noch etwas: In der Gesamtschuldebatte im Juli dieses Jahres haben Sie moniert, dass es in sieben der 16 Bundesländer kein gegliedertes Schulsystem mehr gibt und dass zunehmend Bundesländer dazu tendieren würden, integrative Systeme zu schaffen. Nur Niedersachsen bewege sich nicht.

Dabei führen Sie immer wieder die PISA-Studie an, weil Sie dort die vermeintliche Heiligsprechung der Einheitsschule zu finden glauben.

Was Sie nicht wahrhaben wollen, ist, dass PISA zeigt, dass in den Bundesländern, in denen jahrelang die SPD regiert hat, die Leistungen am stärksten von der sozialen Herkunft abhängen, in den jahrelang schwarz oder schwarzgelb geführten Ländern Bayern und Baden-Württemberg die Leistungen am wenigsten an die soziale Herkunft gekoppelt sind. Schauen Sie doch mal genau hin, wo Kinder mit Migrationshintergrund und Kinder aus Arbeiterfamilien erfolgreicher lernen. Wer verdrängt hier eigentlich was?

Nach unserer Überzeugung erreicht man Bildungsgerechtigkeit, wenn man von den Kindern Leistung einfordert und sie entsprechend ihrer Begabung fördert.

Es gilt aber weiterhin unsere Aussage:

Entscheidend ist nicht in erster Linie das System, sondern entscheidend sind andere Themen. Wie gelingt es der Lehrkraft, den Zugang zu den Schülerinnen und Schülern zu finden, und welche Inhalte biete ich an, um den Nachwuchs zukunftsfähig zu machen?

Hier sind wir auf dem richtigen Weg. Wir können über neue Gesamtschulen reden, aber wir werden es nicht zulassen, dass ein ganzes zweites System etabliert wird, das die Vielfalt in unserer Schullandschaft verdrängt und kaputt macht. Wir wollen bei PISA weiter nach oben und nicht nach unten und wenn ich mich nicht irre, ist das auch Elternwille!

Ihr Antrag deckt sich nicht mit ihrem Wahlprogramm. Sie wollen Die Einheitsschule, warum fordern Sie das nicht im Gesetzentwurf?

Mal abgesehen davon, dass der Bedarf nach Reformen an den allermeisten Schulen gedeckt zu sein scheint, habe ich mal überschlagen, was es kosten würde, wenn Sie Ihre Einheitsschule einführen würden: Die Übergangsquote von Hauptschülern in das duale System liegt im ländlichen Raum bei annähernd 100 %. Das haben wir erreicht, durch das Hauptschulprofilierungsprogramm, durch kleinere Klassen, durch individuelle Förderung, durch Sozialpädagogen. Diesen Maßstab müssten Sie ja dann auch für Ihre Einheitsschule anlegen, wenn sie ein Erfolg werden soll. Für Niedersachsen würde das bedeuten, dass wir ca. 7000 neue Lehrer einstellen müssten. Also nach Adam Riese eine Investition von ca. 350 Mio. Euro.

Mir ist zwar nicht klar, wo wir das Geld hernehmen sollen, aber viel wichtiger ist die Frage: Woher sollen wir die Lehrer nehmen, die haben wir schlicht nicht. Und schnitzen können wir uns auch keine!

Fazit:

Endlich Schluss mit der Schulstrukturdebatte.

Vielfalt statt Einfalt in unserer Schullandschaft.

Deshalb Verhinderung der Einheitsschule und stattdessen eine niedersächsische Lösung mit Wettbewerb im Bildungswesen